

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

auch im Namen des Bundesvorstands der Roten Hilfe überbringe ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Demonstration, die sich im wahrsten Sinne des Wortes bis hierher zur Abschlusskundgebung durchgekämpft haben, unsere solidarischen Grüße.

Es war einmal ein Staat, der gab seinen Bürgerinnen und Bürgern „das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Jedem Linken, der diese Worte hört, kommen sie als eine bittere Satire auf die bundesdeutsche Realität vor. Dabei handelt es sich um eines der zentralsten Grundrechte der bundesdeutschen Verfassung.

Vor einer Woche haben wir in Mannheim bereits gegen das neue Versammlungsgesetz demonstriert und das Bild ähnelte dem heutigen zum Erschrecken. Eine Demonstration hat bekanntlich den Zweck, ein Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Was die Öffentlichkeit von unserer Demonstration zu sehen bekam, war Folgendes: ein vierfaches Spalier von vielfach gepanzerten Robocops; ein voraus- und hinterherfahrender Fuhrpark an Polizeifahrzeugen, der die gesamte Innenstadt lahmlegte; uniformierte Pferdestaffeln; Kameras, die alle fünf bis zehn Meter auf die Insassen eines wandernden Polizeikessels gerichtet waren. Dass es sich bei den Menschen im Innern des Kessels irgendwie um Demonstranten handeln musste, konnte ein Außenstehender nur erahnen.

Demonstriert hat auch heute – zumindest für Außenstehende – in erster Linie die Polizei. Sie hat demonstriert, was für eine Macht sie in unserem Staat besitzt. Sie hat demonstriert, dass diejenigen, die da versucht haben, eine Demonstration durchzuführen, in höchstem Maße gefährlich sind. Wenn es sich nicht ohnehin um Kriminelle handelt, so doch in jedem Fall um Menschen von denen man sich besser fern hält, wenn man keinen Ärger bekommen will. Das ist eine politische und polizeiliche Praxis, die Linken in diesem Lande schon seit geraumer Zeit bekannt ist. Für diese Verhöhnung eines wesentlichen Grundrechtes – nämlich des Grundrechts auf

Versammlungsfreiheit – braucht es noch nicht einmal den Horrorkatalog, den sich die baden-württembergische Landesregierung da ausgedacht hat.

Diese Gesetze, die nun verabschiedet werden sollen, haben – das bestreiten nicht einmal die Befürworter – keineswegs das Ziel, Grundrechte zu schützen und zu bewahren, sondern sie einzuschränken und zu verstümmeln. Es handelt sich damit im wahrsten Sinne des Wortes um ein Versammlungsverhinderungsgesetz,

Ich will hier nicht auf die einzelnen Elemente dieses im wahrsten Sinne des Wortes antidemokratischen Gesetzes abheben – das haben meine VorrednerInnen bereits ausführlich und kenntnisreich getan. Ich möchte stattdessen auf drei Punkte eingehen, die mit den Erfahrungen aus meinem vier Jahre dauernden Berufsverbot zu tun haben:

Künftig soll sich die politische Polizei Zutritt zu jeder Veranstaltung verschaffen können, wo sie dann ganz gesetzlich Ton-, Bild- und Videoaufnahmen machen darf. Die Bürgerinnen und Bürger – so versichern uns die Sicherheitsextremisten von CDU und FDP – könnten schließlich sicher sein, dass die gewonnenen Erkenntnisse nur zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienen und anschließend sofort gelöscht werden. Welche Konsequenzen die staatliche Sammelwut schon heute – ohne die geplante juristische Absicherung - haben kann, kann ich aus eigener Erfahrung berichten. Zu Beginn des Jahres 2004 – ich sollte gerade meine erste Anstellung als Lehrer antreten – wurde mir vom Regierungspräsidium Karlsruhe ein Dossier des Innenministeriums präsentiert. Darin waren akribisch politische Aktivitäten seit meinem 18. Lebensjahr aufgelistet. Nicht etwa Straftaten, sondern die Teilnahme an politischen Demonstrationen und Versammlungen. Viele dieser Daten waren ganz offensichtlich von der Polizei an den Geheimdienst weitergereicht worden und umgekehrt, wo sie dann in für mich nicht einsehbaren Akten über die Jahre hinweg gesammelt wurden, um zehn Jahre später zur Begründung eines Berufsverbotes herangezogen zu werden. Noch heute wird mir, um die Interessen der Ermittler nicht zu gefährden, der Einblick in einen Großteil dieser Akten verwehrt. Der Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe hat in dem Urteil, das mir letztinstanzlich recht gab, geschrieben „Dass die bloße Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen, die ersichtlich ebenso vom

Grundgesetz gedeckt ist wie die freie Meinungsäußerung, überhaupt erwähnt wird, vermag der Senat kaum nachzuvollziehen“.

Es ist erfreulich, dass der Verwaltungsgerichtshof dies nicht nachvollziehen kann. Politische Praxis ist es in unserem Staat trotzdem schon jetzt. Mit den neuen Gesetzen würden solche Bespitzelungen und Denunziationen sogar noch gesetzlich abgesichert und zur offiziell gewünschten Polizeipraxis.

Eine der absurdesten Passagen des geplanten Versammlungsverhinderungsgesetzes beschäftigt sich mit dem sogenannten „Militanzverbot“. Im Kern geht es darum, dass die Polizei ermächtigt werden soll, zu entscheiden, welches Auftreten von Demonstrantinnen und Demonstranten den „Eindruck von Gewaltbereitschaft vermittelt“. Ist das der Polizeimeinung nach der Fall, kann die Versammlung aufgelöst werden. Dass deutsche Polizeibeamte sich im Zweifelsfall schon beim Anblick eines Irokesenschnitts oder einer Frau in Lederjacke bedroht fühlen und Gewaltbereitschaft wittern, das wissen die meisten von uns aus vielfältigen Demoerfahrungen. Und wer als „gewaltbereit“ identifiziert ist, der ist – auch das dürfte vielen hier aus leidvollen Erfahrungen vertraut sein – sehr schnell der ungebremsten Gewaltbereitschaft der Polizei ausgesetzt.

Während meines Berufsverbotsverfahrens ging es an zentraler Stelle darum, dass ich nicht bereit war, mich pauschal von Militanz zu distanzieren. Ich habe damals darauf hingewiesen dass der Duden Militanz definiert als „eine entschlossene, kämpferische Haltung, die nicht vor Konfrontationen zurückscheut“. Als Wortbeispiel wird genannt „eine militante Pazifistin“. Auf Militanz in diesem Sinne, auf unsere kämpferische Entschlossenheit, können und wollen wir nicht verzichten in den Kämpfen, die vor uns liegen: In den Kämpfen gegen Kriegspolitik, Rassismus und Faschismus, in den vielfältigen Klassenkämpfen, im Kampf für Grundrechte und gegen eine Welt, in der Menschen nicht mehr wert sind als der Gegenwert ihrer Arbeitskraft.

„Kritik“, hat Karl Marx geschrieben, „ist nicht nur eine Leidenschaft des Kopfes, sondern der Kopf der Leidenschaft“. Es geht darum, dass sich das, was wir politisch als richtig erkannt haben, auch gesellschaftlich manifestieren und zur politischen Praxis werden muss.

Dieses Gesetz zielt darauf ab, all das zu bekämpfen, was diese Gesellschaft so dringend braucht: Unsere Leidenschaft, unsere Wut, unsere Kritikfähigkeit und – unsere Militanz.

Vor allem ist mir aber im Zusammenhang mit meinem Berufsverbot eine ganz andere und mutmachende Erfahrung in den Sinn gekommen, als ich mir überlegt habe, was ich bei dieser Demonstration sagen zum Abschluss sagen könnte: Ebenso wie heute gegen das Versammlungsgesetz gab es damals gegen das Berufsverbot ein politisches Bündnis, das Menschen ganz unterschiedlicher politischer Herkunft zusammengebracht hat: Autonome und KommunistInnen, Linksliberale und AnarchistInnen, Gewerkschaften, außerparlamentarische Gruppen und Menschenrechtsorganisationen. Dieses Bündnis erwies sich als sehr viel tragfähiger, als ich selbst geglaubt hätte. Dass zum Beispiel die GEW gemeinsam mit der Roten Hilfe über Jahre hinweg eine Kampagne organisiert, hätte ich selbst kaum für möglich gehalten. Und doch ist genau das passiert. Nur dank dieser Bündnisbereitschaft und Bündnisfähigkeit aller Beteiligten konnte die Kampagne schließlich so erfolgreich werden, dass das Berufsverbot gegen mich gekippt wurde. Staatliche Repression zielt immer darauf, die Linke zu spalten. Unsere stärkste Waffe dagegen ist, uns nicht spalten zu lassen, ist unsere kämpferische Solidarität.

Wir haben viel zu tun: Es geht nicht allein um die Verhinderung des geplanten Versammlungsgesetzes. Es geht darum, uns unser Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zurückzuerobern. Dazu werden noch eine ganze Menge Demonstrationen nötig sein.

Ich hoffe, wir sehen uns dort.